

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826

Schreibungs-, Druck- und Verlagsges. v. H. H. Müller (Hans) Nagold

Verleger Nr. 29.

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind dabei von bestem Erfolg.

Der Preis beträgt 1/2 Mark monatlich. — Die Anzeigen sind dabei von bestem Erfolg.

Telegraphen-Adresse: Gesellschafter Nagold
Postfachkonto: Stuttgart 5113

Nr. 172

Mittwoch den 26. Juli 1922

96. Jahrgang

Die Zeichnung der Zwangsanleihe

Die Verabschiedung der verschiedenen Gesetze über die Zwangsanleihe ermöglicht es nun, die Zeichnung für diese Anleihe sofort vorzunehmen; im Juli kann die Zeichnung zu den billigsten Sätzen gesehen, während später die Sätze von Monat zu Monat steigen. Um sich über die Vorteile und Nachteile der frühen oder späten Zeichnung klar zu werden, ist es notwendig, sich die Grundzüge des Gesetzes zu vergegenwärtigen. Eine amtliche Zusammenfassung gibt sie in folgender Form wieder:

Nach dem nunmehr verabschiedeten Gesetz über die Zwangsanleihe kann Zwangsanleihe vom 15. Juli 1922 an gezeichnet werden.

1. Wer ist zeichnungspflichtig?

a) Alle Deutschen mit Ausnahme derer, die seit dem 1. Januar 1921 sich dauernd im Ausland aufhalten und im Inland keinen Wohnsitz haben; b) Nichtdeutsche, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder des Erwerbs wegen oder länger als 6 Monate ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben; c) juristische Personen und nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, deren Sitz oder Ort der Leistung in Deutschland liegt, insbesondere Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A., Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Bergwerksgesellschaften, Genossenschaften u. a.

2. Was unterliegt der Zwangsanleihe?

Das Vermögen mit dem Wert am 31. Dezember 1922 Vermögen bis zu 100 000 Mark sind frei. Frei sind ferner Vermögen bis zu 300 000 Mark, wenn sie hauptsächlich aus Kapitalvermögen bestehen und das für 1921 festgesetzte Einkommen 40 000 Mark nicht übersteigt. Bei über 60 Jahren oder erwerbsunfähigen Rentnern erhöht sich die Freigrenze bis auf eine Million Mark, wenn das Einkommen 60 000 Mark nicht übersteigt.

3. Wieviel Zwangsanleihe ist zu zeichnen?

Von den ersten	100 000 M.	1 v. H.	
" " " " " "	nächsten 150 000 M.	2 v. H.	
" " " " " "	" " " " " "	250 000 M.	4 v. H.
" " " " " "	" " " " " "	250 000 M.	6 v. H.
" " " " " "	" " " " " "	250 000 M.	8 v. H.
" " " " " "	weiteren Beträgen	10 v. H.	

Beispiele: 100 000 Mark Vermögen nichts, 200 000 Mark Vermögen 3000 Mark Zwangsanleihe, 300 000 Mark Vermögen 6000 Mark, 400 000 Mark Vermögen 10 000 Mark, 500 000 Mark Vermögen 14 000 Mark, 600 000 Mark Vermögen 20 000 Mark, 700 000 Mark Vermögen 26 000 Mark, 800 000 Mark Vermögen 33 000 Mark, 900 000 Mark Vermögen 41 000 Mark, 1 000 000 Mark Vermögen 49 000 Mark Zwangsanleihe. Bei Vermögen über eine Million Mark sind es immer 10 v. H. des Vermögens weniger: 51 000 Mark, also bei einem Vermögen von zwei Millionen Mark sind 200 000 Mark weniger 51 000 Mark = 149 000 Mark Zwangsanleihe zu zeichnen. Es findet Abrundung auf volle Tausende statt.

4. Wann zahlt man?

Man muß zahlen zwei Drittel der Zwangsanleihe bei Abgabe der Vermögenssteuererklärung (Januar 1923), spätestens bis zum 28. Februar 1923, und den Rest zwei Monate nach Zustellung des Bescheids. Man kann aber schon im Voraus zahlen. Die Vorauszahlung ist mit Vorzugsrufen verbunden.

5. Wie hoch ist der Zeichnungspreis?

Wenn man im Juli 1922 zahlt, 94 v. H., im August 1922 96 v. H., im September 98 v. H., im Oktober oder November 100 v. H., im Dezember 101 v. H., im Januar 1923 102 v. H., im Februar 104 v. H., vom März 1923 an 104 v. H. Beispiel: Wer im Juli 1922 50 000 Mark Zwangsanleihe zeichnet, hat dafür 50 x 94 = 47 000 M. zu zahlen

6. Wo zahlt man?

1. Bei der Reichsbank sowie den Banken und Bankiers, die dem Zentralverband für Bank- und Bankiergewerbe angeschlossen sind; 2. bei den im Deutschen Zentralgironverband und bei den im Deutschen Zentralgironverband organisierten Girozentralen, Sparkassen und Kommunalbanken; 3. bei den den Kassationsverbänden des Deutschen Genossenschaftsverbands angehörenden Kreditgenossenschaften, bei den Zentralkassen der landwirtschaftlichen Genossenschaften, bei den Landwirtschaftlichen Zentraldarlehenskassen Berlin und deren Zweigstellen und Hauptgeschäftsstellen. Die Annahmestellen werden im einzelnen von den Landesfinanzämtern oder Finanzämtern in den Tageszeitungen bekanntgegeben werden. Nicht geeignet werden kann bei den Finanz- und Steuerkassen.

7. Wie zahlt man?

Man fällt einen Zeichnungsschein, den man bei den unter Nr. 6 genannten Annahmestellen erhält, aus, zahlt den Betrag oder überweist ihn, und erhält dafür eine Quittung. Zeichnungen ohne Zahlung werden nicht angenommen. Im Zeichnungsschein ist mitanzugeben, in welcher

Beiträge und wo man die Stücke ausgehändigt wünscht. Es werden Stücke über 1000, 2000, 5000, 10 000 und 50 000 Mark ausgegeben. Einzahlung kann man nur einen durch den jeweiligen Zeichnungskurs teilbaren Betrag, also im Juli einen durch 94, im Oktober einen durch 100, im Februar 1923 einen durch 104 teilbaren Betrag.

8. Allgemeines.

Für die im Kalenderjahr 1922 erfolgenden Vorauszahlungen ist es nicht erforderlich, daß jemand sein Vermögen genau errednet. Vielmehr wird dies auch gar nicht möglich sein, weil der Stand des Vermögens am 31. Dezember 1922 zurzeit noch nicht veranschlagt werden kann. Lieber dies werden die Steuerurteile für die Wertpapiere und Richtlinien für die Bewertung des Grund- und Betriebsvermögens erst in einiger Zeit herausgegeben werden. Niemand braucht aber bis zu dem Erlaß dieser Bestimmungen mit der Zeichnung zu warten. Es genügt vielmehr, daß jemand sein Vermögen überschläglich schätzt und danach seine Vorauszahlung einrichtet. Die Vorauszahlung liegt im eigenen Interesse des Einzelnen, da er sich den günstigen Vorzugskurs sichern. Wer zuerst vorausgezahlt sollte, erhält übrigens den zweifelt gezahlten Betrag mit 5 v. H. Zinsen erstattet. Anfragen wegen der Zwangsanleihe bei den Finanzämtern sind mit Rücksicht auf deren sonstige Überlastung in diesem Jahre zu vermeiden.

Sonderverordnung der bayerischen Regierung zum Schutz der Verfassung

Das bayerische Gesamtministerium hat eine Verordnung zum Schutze der Verfassung der Republik erlassen, in der es heißt:

Der deutsche Reichstag hat am 18. Juli 1922 ein Gesetz zum Schutze der Republik erlassen. Die Art des Gesetzes und die Art seines Zustandekommens entgegen dem wohl begründeten Einspruch der bayerischen Staatsregierung haben in Bayern eine heftige Erregung hervorgerufen, daß wenigstens im Gebiet des rechtsrheinischen Bayerns unmittelbar mit einer erheblichen Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu rechnen ist, wenn das Gesetz ohne jeden Vorbehalt vollzogen wird. Es ist somit Gefahr im Verzug. Aus diesen Gründen sieht sich das bayerische Gesamtministerium veranlaßt, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die folgende Anordnung zu treffen:

Artikel 1. Die Bestimmungen in den §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 14, 15, 16, 18, 19, 20, 21 Absatz 1 Satz 1 Absatz 2, 22, 24, 25 des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik sind in Bayern anzuwenden. § 23 Absatz 1 gilt mit der Maßgabe, daß an Stelle der Reichsregierung das bayerische Gesamtministerium zuständig ist, soweit es sich um den Aufenthalt in Bayern handelt.

In Artikel 2 heißt es: Für die in den §§ 1 bis 8 des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik bezeichneten Handlungen, gleichgültig, ob sie nach diesem Gesetz oder anderer Gesetzen strafbar sind, für Hochverrat, sowie für Tötung und Lösungsveruch, begangen gegen Mitglieder einer früheren republikanischen Regierung, sind die Volksgerichte zuständig. Ausführungsbestimmungen erläßt das Staatsministerium der Justiz im Einverständnis mit dem Staatsministerium des Innern.

Artikel 3 bestimmt: Das Verbot von Versammlungen, Umzügen und Kundgebungen, das Verbot und die Auflösung von Vereinen und Vereinigungen, sowie das Verbot in Bayern erscheinender periodischer Druckschriften wird durch das Staatsministerium des Innern oder die von ihm bezeichneten Stellen erlassen. Das Staatsministerium des Innern ist berechtigt, höhere Ausführungsbestimmungen im Einverständnis mit dem Staatsministerium der Justiz zu erlassen.

Artikel 4: Auf Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Reichspräsidenten vom 26. und 29. Juni 1922 finden die Vorschriften gegenwärtiger Verordnung Anwendung, soweit bei Inkrafttreten dieser Verordnung die Anklage beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bereits erhoben ist.

Artikel 5: Nichtbayerischen Polizeibehörden ist innerhalb des Geltungsbereichs dieser Verordnung die selbständige Vornahme von Amtshandlungen und Feiern verboten.

Artikel 6: Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik in Kraft.

Die amtliche Bekanntgabe der bayerischen Sonderverordnung

Berlin, 25. Juli. Der bayerische Gesandte von Preußen gab gestern abend dem Reichskanzler die Sonderverordnung der bayerischen Regierung bekannt. Das Reichskabinett hielt heute vormittag eine Sitzung ab.

Bayern hält am Reich fest

München, 25. Juli. Zu der Regierungsverordnung veröffentlicht die „Bayerische Staatszeitung“ eine holdamtliche Erklärung, die feststellt, daß die Weiterführung aller mit dem Nord an Rotherau zusammenhängenden Straf-

prozesse, namentlich auch die Strafverfahren gegen die sogenannte Organisation C durch Reichsbehörden von der bayerischen Verordnung nicht berührt werden. Ebenso bleibt es bei den allgemeinen Grundgesetzen über die Rechtsbehelfe. Die Kundgebung schließt mit den Worten: Die bayerische Staatsregierung legt bei ihrem Schritt größten Wert auf ihr Bekenntnis des unerschütterlichen Festhaltens am Reich. Sie weist es ferner mit allem Ernst vor sich, daß ihr Vorgehen irgendwie mit Bestrebungen in Verbindung gebracht wird, die auf eine Aenderung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform oder auf Herbeiführung der alleinigen Herrschaft irgend einer Bevölkerungsklasse abzielen. Die bayerische Regierung verbürgt nach ihrer bisherigen Führung der Geschäfte die Aufrichtigkeit dieser Versicherung.

Die Parteikorrespondenz der Bayerischen Volkspartei stimmt ebenso schon zu der Rotwunderstellung. Sie schreibt u. a., daß die bayerische Regierung ihre Sonderregelung auf die Bestimmungen der Reichsverfassung selbst stütze, die einem Rotwunderrecht der Länder Rechnung trage und bei Gefahr im Verzug auch die Landesregierungen zu jeder beliebigen Maßnahme ermächtigt, die ihnen in stark gefährlichen Vagen als dringbar erscheinen. Das Recht Bayerns, selbst die Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten, könne nicht bezweifelt werden. Zweifellos sei, daß durch die Ausnahmegeetze in den Eigenbereich der Staaten unrechtmäßig eingegriffen werde. Mögen auch die Parteien im Reichstag Bolschewismus-Paragrafen gefordert haben, die Gewalt in Bayern stelle sich schützend vor die Bürger und werde sich in der Ausübung dieser Macht weder durch Verdächtigung noch durch die Unentschlossenheit schwächlicher Miesmacher beirren lassen.

Der Bayerische Bauernbund erklärt: Das an sich zu billige Gesetz zum Schutze der Republik habe durch Reichsregierung und Reichstag eine Gestalt erhalten, die einen Eingriff in die bundesstaatlichen Hoheitsrechte bedeute. Der Bauernbund billigt daher alle verfassungsmäßigen Abwehrmaßnahmen, die geeignet sind, den neuen Reichsgesetzen ihre bedrohliche Wirkung zu nehmen. Der Bauernbund betont seine Treue zum Reich und will die Reichseinheit unter keinen Umständen preisgeben.

Austritt der Demokraten aus der Koalition

München, 25. Juli. Die Demokratische Fraktion ist aus der Regierungskoalition ausgetreten mit der Begründung, daß ihr der von der Koalition und der Regierung eingeschlagene Weg, womit letztere den Beschlüssen der Bayerischen Volkspartei folgte, nicht für gangbar halte. Handelsminister Hamm (Dem.) ist zurückgetreten.

München, 25. Juli. Einundzwanzig Bürgermeister von nordbayerischen Städten haben an den Ministerpräsidenten und den Landtagspräsidenten die Bitte gerichtet, nichts zu unternehmen, was das Verbleiben Bayerns im Reich gefährden könnte.

Stellung der Presse

Berlin, 25. Juli. Die Blätter beurteilen je nach ihrer politischen Richtung den Schritt der bayerischen Regierung und der Landtagsmehrheit sehr verschieden. Während die deutschnationalen Presse in der Verordnung eine Notwendigkeit erblickt, um die drohende Klassenherrschaft fernzuhalten und den Rest der eigenen Hoheit der Einzelstaaten, findet es die „Germania“ (Ztr.) gefährlich, daß die bayerische Regierung sich auf Artikel 48 der Weimarer Verfassung bei „Gefahr im Verzug“ stütze. Der Sinn dieses Artikels könne nicht sein, daß man den Einzelstaaten das Recht gebe, einmal beschlossene Reichsgesetze wieder aufzuheben. Sonst könnte man das Recht auch den Staaten mit sozialistischer Mehrheit, wie Sachsen und Thüringen, nicht verweigern. Reichspräsident und Reichstag haben die Befugnis, die bayerische Verordnung aufzuheben.

„Berl. Tageblatt“ und „Vossische Zeitung“ (Dem.) schreiben, der bayerische Schritt sei der Anfang zur Auflösung des Reichs. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ nennt die Verordnung eine Auflehnung, durch die die bayerische Regierung sich auf einen gefährlichen Weg begeben habe.

Kleine politische Nachrichten.

Eine französische Lügenmeldung

London, 25. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ (das Blatt Lloyd Georges) schreibt, daß die zuerst in amerikanischen Blättern aufgetauchte Nachricht, England habe den Franzosen den Verzicht auf sein französisches Kriegsguthaben und seinen Anteil an der Kriegsschadigung angeboten, nicht von London, sondern von Paris ausgegangen sei. Und zwar sei es so eingerichtet worden, daß die Nachricht gleichzeitig veröffentlicht wurde, als der französische Sondergesandte Parmantier in Washington (vergeblich) mit der Regierung der Vereinigten Staaten über die Streichung der französischen Kriegsschulden bei Amerika zu unterhandeln begann. — Poincaré hat in letzter Zeit entschieden Pech. Kein Wunder, wenn er jetzt in Verlegenheit ist, nach London zu reisen.



